Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 68 (1989)

Heft: 7-8

Artikel: Die SPS und die Entwicklungszusammenarbeit : Bericht einer Studientagung : Entwicklungspolitik oder Entwicklungszusammenarbeit?

Autor: Felber, René

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340757

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Entwicklungspolitik oder Entwicklungszusammenarbeit?

Perspektiven, aufgezeigt von Bundesrat René Felber

Der Titel, den Sie dieser Studientagung gegeben haben, scheint mir zwei wahrscheinlich unbewusste, aber bezeichnende Unstimmigkeiten aufzuzeigen, Ausdruck von Zweideutigkeiten, in denen wir uns bewegen.

Einerseits ist da, wenigstens in der französischen Fassung, von der Entwicklungspolitik (la politique du développement) die Rede, was darauf schliessen lässt, dass es nur eine einzige gibt.

Dabei zeigt die Erfahrung der letzten 20 Jahre klar, dass es – von Irrwegen gewisser Regierungen einmal abgesehen – unter Beachtung einiger Grundprinzipien mehrere Wege gibt, die Entwicklung einer Gesellschaft zu fördern, und dies vor allem gemäss ihren ökonomischen aber auch ihren sozialen und politischen Gegebenheiten. Anderseits ergeben sich Entwicklungsstrategien im Prinzip aus der von den Drittweltländern selbst gewählten Politik. Unsere Aufgabe als Vertreter der reichen Länder besteht darin, Formen einer Politik der Zusammenarbeit zu definieren und nicht irgendeine Art der Entwicklungspolitik. Freilich ist die Wirklichkeit noch komplexer: Jede Form der Politik der Zusammenarbeit beeinflusst immer auch die Entwicklungsstrategien, sei es indirekt und unausgesprochen, sei es im Rahmen eines offenen Dialogs über die zu wählende Politik. Auf diese Frage werde ich noch zurückkommen. Für den Augenblick scheint es mir wichtig festzustellen, dass wir die beiden Konzepte «Entwicklungspolitik» und «Politik der Entwicklungszusammenarbeit» nicht miteinander vermischen.

Die Themen dieser Tagung sind sehr breit gefächert. Hans-Rudolf Strahm befasst sich näher mit Handels- und Finanzfragen – fachkundig und provokativ, wie wir es von ihm gewöhnt sind. Was mich betrifft, möchte ich einige Überlegungen zum Thema der Demokratisierung der Gesellschaftsform in den Drittweltländern näherbringen.

Der Demokratisierungsprozess kann nur aufgrund der ökonomischen, politischen und sozialen Gesamtsituation eines Landes erfasst werden.

Der Mythos vom Gratiskapital

Ohne lange in die Vergangenheit zurückblenden zu wollen, glaube ich, dass die Ölkrise von 1973 in zweierlei Hinsicht einen wichtigen Wendepunkt bedeutet.

Die Fülle der Kapitalien, welche das internationale Bankensystem umzudisponieren hatte (nebenbei bemerkt ist es bemerkenswert, dass der Akzent auf dem Recycling und nicht etwa auf den Wiederinvestitionen liegt) führte zusammen mit dem Zwang der Industrieländer, die Ausfuhren in die Dritte Welt zu steigern, zu einem spürbaren Anschwellen des Nord-Süd-Kapitalflusses. Ein Ökonom umschrieb die Euphorie der Jahre 1975–1980 als den Mythos des Gratiskapitals in einer Welt des Mangels. Sicher ist jedenfalls, dass das Kapital gegenüber der Arbeit bevorzugt wurde, während in den Entwicklungsländern eine krasse Unterbeschäftigung vorherrschte. Während die dritte Welt damals, wie auch heute noch, einen grossen Bedarf an Zusammenarbeit aufwies bzw. aufweist, bot man ihr eine «Transfer-Ökonomie» an, die der Situation in den Entwicklungsländern entspricht, und nicht, was einzig angemessen gewesen wäre, eine «Produktionsökonomie».

Daraus resultierte:

- eine sehr rasche Verschuldung;
- eine sehr schwache interne Sparkapitalbildung, vor allem infolge wenig attraktiver Zinssätze, ja eine durch überbewertete Wechselkurse geförderte Kapitalflucht;
- eine Bevorzugung von Grossprojekten, die den Einsatz bedeutender Finanzmittel ermöglichen. Dies geschah auf Kosten von Aktionen an der Basis, die wenig Investitionen bei ihrer Vorbereitung, in ihrer Folge aber bedeutenden Einsatz von Arbeitskraft erfordert hätten, da Menschen hier direkt betroffen gewesen wären;
- ein übereiltes Vorgehen, das zur Folge hatte, dass die Rentabilität der Projekte oft nur recht oberflächlich oder gar aufgrund falscher Unterlagen geprüft wurde, so dass damit kein lebenstauglicher, zur Selbstfinanzierung fähiger Produktionsprozess eingeleitet wurde, wodurch wiederum neue Finanzierungsbedürfnisse entstanden;
- ein Hang, nicht direkt rentable Infrastrukturen aufzubauen, auf Kosten einer Produktion, die solche Infrastrukturen hätte nutzen können;
- ein Desinteresse gegenüber ländlichen Gebieten zugunsten der Städte oder dann der Einsatz untauglicher Mittel, wodurch die innere Migration, die Landflucht, beschleunigt wurde;

– eine sehr spürbare Verschärfung der Ungleichheit in der Einkommensverteilung und damit ein Anwachsen der sozialen Spannungen oder sogar der Aufstandsbewegungen.
Diese Zusammenfassung ist ziemlich schematisch und trifft beispielsweise auf die Länder Asiens weniger zu als auf jene Lateinamerikas oder Afrikas.

Gute Absicht allein genügt nicht

Das Anwachsen der öffentlichen Entwicklungshilfemittel, besonders für die technische Zusammenarbeit und die verstärkte Tätigkeit von Hilfswerken einiger Länder, wie etwa der Schweiz, erlaubten die Inangriffnahme einer grossen Zahl von Projekten. Ein Blick zurück lässt klar eine fühlbare Verbesserung der Arbeitsmethoden erkennen, und dies sowohl in der Vorbereitung und Durchführung wie in der Evaluation der Aktivitäten der Zusammenarbeit. Vier Gesichtspunkte verdienen erwähnt zu werden:
– Das denkbar beste Projekt kann in Frage gestellt werden, wenn sein Umfeld gesamthaft ungünstig ist. So hat zum Beispiel der Bauer nicht das geringste Interesse, seine Produktion zu erhöhen, wenn der Erlös dafür zu gering ist oder wenn er für sein Geld nichts kaufen kann, weil die Dorfläden leer sind.
– In einer solchen Umgebung ist die Gefahr gross, dass ein Projekt dank ständiger Unterstützung von aussen zu einer Insel des guten Funktionierens wird, weil der einheimische Partner seine Pflicht nicht oder nicht mehr erfüllen kann. Im Endeffekt resultiert daraus eine erhöhte Abhängigkeit, und vielleicht verliert das Projekt darüber hinaus seinen Sinn ganz oder doch teilweise, weil es nicht kopiert oder vervielfacht werden kann.
– Die Hilfe erfolgt in Form eines Geschenkes – das ist normal. Aber allzu oft sind Aktivitäten durch Geschenke finanziert, während sie rentabel waren oder dann eben aufgegeben werden müssten. Sind sie rentabel, so kann ein Finanzierungsmodus vereinbart werden, der eine Vervielfachung der Ergebnisse ermöglicht.
Ich habe sehr viel übrig für den Ausdruck der Dorfbewohner im Sahel, die von «puits-mère» (Mutter-Brunnen) sprechen. Es handelt sich um Brunnen, die mit ausländischer Unterstützung gebaut wurden. Sie ermöglichen eine Steigerung des Einkommens und auch die Rückzahlung der Starthilfe, was dann die Finanzierung eines Brunnens in einem Nachbardorf, eines «Tochter-Brunnens», erlaubt. Ein solches System ist wirtschaftlich vernünftig und menschlich motivierend. Es verdiente, überall angewendet zu werden, wo dies irgendwie möglich ist.

Schmerzvolle Anpassungsversuche

Anfang der 80er Jahre hatte sich die Krise so verschärft, dass sie allen bewusst wurde und dass alle nach neuen Wegen suchten. Das war der Ausgangspunkt für die Strukturanpassungsprogramme, die einigen Leuten missfallen, wenn der Hauptträger der Internationale Währungsfonds oder die Weltbank ist. Jede Anpassung ist ein schmerzvolles Unterfangen, besonders wenn sie nicht vorbeugend erfolgt, sondern um die Folgen der Krise zu bekämpfen. Als ehemaliger Neuenburger Staatsrat habe ich da einige Erfahrung. Wir konnten die Uhrenkrise dank grosser Anstrengungen überwinden.
Dabei mussten wir zusehen, wie ein Teil der Bevölkerung unseren Kanton verliess, obwohl wir über ungleich grössere Abwehrmittel verfügten als ein Entwicklungsland. Wir hätten diese Anpassungkosten auch nicht vermeiden können, wenn wir uns auf selbstgenügsames Wirtschaften zurückgezogen hätten. Ich bin überzeugt, dass die Probleme der Strukturanpassung in der dritten Welt in globaler Weise wahrgenommen werden müssen. Wenn wir nur einen Teilaspekt berücksichtigen, kommen wir zu einer falschen Betrachtungsweise. Auch in der Praxis bleibt die Strukturanpassung häufig beim ersten Schritt stehen und führt daher zu unerträglichen und unakzeptablen sozialen Spannungen, die darüber hinaus die positiven Ergebnisse, welche die Anpassung hätte zeitigen können, wieder in Frage stellt.

Die soziale Dimension der Anpassung

Die Wiederholung gewisser makro-ökonomischer Gleichgewichte, wie sie vom Internationalen Währungsfonds vorgesehen, ja vorgeschrieben werden, ist eine Vorbedingung für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung, aber sie erfordert die rasche Bereitstellung bedeutender Geldmittel, damit Verzerrungen vermieden werden können. Die Schweiz unterstützt solche Anstrengungen vor allem durch die Mitfinanzierung der erweiterten «Fazilität» des Währungsfonds. Aber der Misserfolg wäre garantiert, wenn diesem ersten Schritt nicht weitere folgten seitens der Weltbank und zahlreicher Kreditgeber auf privater Basis, die eingreifen, um die Zahlungsbilanz und einige entscheidende Wirtschaftssektoren zu unterstützen. Auch hier ist die Schweiz mit Mitfinanzierungen präsent. Während die negativen Auswirkungen eines Anpassungsprozesses (erhöhte Lebenskosten, verminderte Staatsausgaben, Arbeitslosigkeit) sich rasch bemerkbar machen, sind die positiven Folgen (Aufschwung der landwirtschaftlichen, handwerklichen und industriellen Produktion, erhöhte Effizienz der Staatstätigkeit, verstärkte Rolle der Privatinitiative) nur längerfristig zu erkennen.
Eine weitere Stufe ist unabding-

bar: die soziale Dimension der Anpassung. Die sozialen Kosten eines Anpassungsprozesses lassen sich gewöhnlich auf drei Ursachen zurückführen: auf einen allgemeinen Nachfrageschwund, auf eine schlechte Lastenverteilung zwischen den verschiedenen sozialen Schichten und Gruppen (aufgrund der politischen Machtverhältnisse sind es vor allem die Armen und der Mittelstand, welche die Kosten zu tragen haben) und auf die objektiv geringere Möglichkeit der Armen, auf die Anpassung adäquat zu reagieren. Dieser Aspekt der Anpassung verdient unsere besondere Aufmerksamkeit. Sowohl die DEH und das BAWI als auch die privaten Hilfswerke haben da ihre Rolle zu spielen. Wenn diese drei Schritte nicht gut aufeinander abgestimmt sind, kann die soziale Ungerechtigkeit einen Grad erreichen, wo es zur Explosion kommt. Die Revolten von Kairo, von Tunis, von Lusaka und von Caracas zeugen leider davon.
Die vierte Abfolge ist die der wirklichen Anpassung, welche den Entwicklungsprozess voranzutreiben vermag. Die drei ersten sind zwar notwendige, für sich allein aber ungenügende Voraussetzungen. Es ist unverkennbar: Bleibt die sektorielle Politik und bleiben die Entwicklungsprojekte in ihrem Grundgehalt und in ihrer Durchführung das, was sie vordem waren, so werden dieselben Ursachen dieselben Folgen zeitigen, und wir befinden uns wieder in derselben Krisensituation, sofern wir diese überhaupt zeitweilig überwinden konnten.

Eine tiefgreifende Krise

Die gegenwärtige Krise wird häufig als Liquiditäts- und Finanzierungskrise dargestellt, während wir es in Wirklichkeit mit einer viel tiefgreifenderen Krise zu tun haben, nämlich jener der Ertragskraft, des wirtschaftlichen Sinns von Investitionen. Es hängt von der Gesellschaftsstruktur ab, ob Investitionen sinnvoll sind und zu höheren Erträgen führen können. Also müssten sich die Drittweltländer um neue Gesellschaftsformen bemühen. Nur sie selber können das tun. Wir können sie dazu ermuntern, mit ihnen – aufgrund unserer Erfahrungen in der Zusammenarbeit – das Gespräch führen über den Kampf gegen die Armut und über sektorielle Anpassungen.
In diesem Zusammenhang möchte ich zwei Worte über die Schuldenlast der dritten Welt sagen. Wir müssen uns meiner Meinung nach wohl bewusst sein, dass diese Länder nicht gleichzeitig ihre Entwicklung neu ankurbeln und ihre Schulden zurückzahlen und verzinsen können. Es hat keinen Sinn, vor dieser Tatsache die Augen zu verschliessen und so zu tun, als ob sie es eines Tages könnten. Die zu treffenden Lösungen müssen der Natur dieser Schulden und der Situation jedes einzelnen Landes angepasst sein.

Der spezielle Charakter der Schulden

Die Privatschulden, mit denen sich der Londoner Klub befasst, werden über den Sekundärmarkt zu sehr niedrigen Zinssätzen – wenigstens für die am schlechtesten dastehenden Länder – reguliert. Die Minderbewertung kann 80 oder auch 95 Prozent erreichen, was heisst, dass die Banken ihre Kredite grösstenteils abgeschrieben haben. Die Schweiz nahm an einer solchen Operation zugunsten Boliviens teil. Diese Methode müsste vertieft und ausgedehnt werden in Zusammenarbeit mit anderen Ländern, wie Schweden und den Niederlanden, die sie ebenfalls praktizieren.
Die durch die Exportrisiko-Garantie (ERG) abgesicherten Schulden, Thema der Arbeiten des Pariser Klubs, sind mehr und mehr Gegenstand von Umschuldungsoperationen. Die Rechnung der ERG erfordert einen beträchtlichen Zuschuss seitens der Eidgenossenschaft. Wieso sollte hier nicht auch eine Lösung gesucht werden, die unter gewissen Bedingungen die Streichung der Schulden oder ihre Rückzahlung in Landeswährung ermöglicht? Wenn die Eidgenossenschaft schon eingreifen muss, um den ERG-Fonds wieder zu äufnen, so sollte sie dabei auch die Interessen der Schuldnerländer wahrnehmen.
Die öffentlichen Schulden, die von Krediten der DEH und des BAWI herrühren, machen einen vergleichsweise sehr kleinen Beitrag aus. Wir werden es aber gewiss nicht an der notwendigen Flexiblität fehlen lassen, wenn es die Umstände in besonderen Fällen erfordern. Von anderen Kreditgebern wurden und werden in bilateralen Transaktionen sehr hohe Summen bewilligt, vor allem um Exporte zu ermöglichen. Dies bringt Probleme mit sich, und wir können nur versuchen, sie von der Notwendigkeit zu überzeugen, diese Praxis zu ändern.
Schliesslich die Schulden gegenüber multinationalen Finanzierungsorganisationen. Für sie ist die Lösung am schwierigsten zu finden, da ihr eigenes finanzielles Gleichgewicht und die Bedingungen, zu denen sie selbst den Grossteil ihrer Mittel in Form von Anleihen aufnehmen, davon abhängig sind. Da die Schweiz weder beim IWF noch bei der Weltbank Mitglied ist, kann sie höchstens bei den regionalen Entwicklungsbanken Einfluss ausüben.

Schwieriger Demokratisierungsprozess

Vielleicht entsteht jetzt der Eindruck, dass ich es vermeiden möchte, von der Demokratisierung der Dritten Welt zu sprechen. Aber ich glaube, dass es den Rahmen abzustecken gilt, in welchem sich ein Demokratisierungsprozess anbahnen kann

oder eben nicht, oder in welchem dieser verzerrt und das Feld Volksaufständen oder Militärdiktaturen überlassen wird.
Die Zahl der wenigstens formal demokratischen Regierungen war weltweit noch nie so gross. Bedeutende Fortschritte sind zu verzeichnen. Aber wir sind vom Ziel noch weit entfernt. Gewisse Demokratien in Lateinamerika geraten unter der grossen Last der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ins Wanken und sind vor Staatsstreichen der Militärs nicht gefeit. In vielen Ländern üben Todesschwadronen und andere von den Behörden mehr oder weniger geduldete oder gar ermunterte Privatmilizen Gewalt und Terror gegen all jene aus, welche die ungleiche und dubiose Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen in Frage zu stellen wagen. Die formal demokratischen Institutionen dienen dann nur dazu, den organisierten Terror zu verschleiern. Der Terror kann übrigens auch von oppositionellen Bewegungen ausgeübt werden, wie etwa vom «Leuchtenden Pfad» in Peru, der die Verzweiflung der von der offizellen Gesellschaft pauperisierten, verachteten und ausgegrenzten Schichten missbraucht. Während einige Länder von Regimen beherrscht werden, die offen einer totalitären Ideologie huldigen, erdulden die meisten anderen eher die Folgen einer Verkrampfung von Regierungen, die sich schwach fühlen und die dadurch keinen Widerspruch dulden, auch nicht einmal zum Dialog bereit sind. Eine Wirtschaftskrise kann solche Situationen nur verschlimmern.
Und überdies: Wie sieht es denn aus mit der Freiheit der Arbeitslosen, des Strassenkindes, das sich allein durchschlagen muss, weil die Familie unter der Last des Elends auseinandergebrochen ist? Des jungen Menschen, der seine Ausbildung abgeschlossen hat und nun während Jahren keine Arbeit findet? Was für eine Freiheit geniesst jener, der vor dem Krieg flieht, vor der Dürre oder ganz einfach, weil er keine Hoffnung auf ein besseres Leben sieht und sich den Massen in den Slums der Drittweltmetropolen zugesellt? Oder für jene, die Aufgewecktesten, die in die entwikkelten Länder kommen und hier die Arbeit verrichten, für die wir uns zu gut geworden sind? Die wirtschaftliche Krise beschleunigt diese Völkerwanderung, und aus einigen Ländern wandern selbst gut ausgebildete Techniker, Ingenieure und Kaderleute ins Ausland ab.

Unsere Antworten

Einerseits gilt es jede Gelegenheit wahrzunehmen, um an die Achtung der Menschenrechte zu erinnern, und dies in den Formen, die uns am wirksamsten erscheinen, auch wenn es für uns nicht immer die angenehmsten sind. Wir müssen aber auch konkrete Massnahmen ergreifen, zum Beispiel die Unterstützung nationaler Menschenrechtskommissionen.
Anderseits haben wir Formen der Zusammenarbeit zu wählen, welche die Einleitung eines Demokratisierungsprozesses begünstigen, müssen aber auch bereit sein, in gewissen Extremfällen auf eine weitere Zusammenarbeit zu verzichten.

Mitbestimmung der Betroffenen

Dafür gibt es zahlreiche Beispiele: Entwicklungsaktivitäten in ländlichen Gebieten, Wiederaufforstung, Bau und Unterhalt von Nebenstrassen zeigen, dass dauerhafte Erfolge möglich sind, wenn die Entwicklungsprojekte den von der Bevölkerung selbst geäusserten wirklichen Bedürfnissen entsprechen und wenn diese Bevölkerung aktiv an der Planung und Durchführung teilnimmt. Diese Zusammenarbeit realisiert keine Projekte, sie unterstützt die von den Betroffenen selbst ergriffenen Initiativen.
Aber jede Macht ruft notwendigerweise eine Gegenmacht auf den Plan. Allzulange hat die Entwicklungszusammenarbeit beispielsweise Leiter von privaten und genossenschaftlichen Betrieben herangebildet, aber vergessen, auch Mitgliedern von Verwaltungsräten das nötige Wissen und Können zu vermitteln. Die Bauern wurden ermuntert, mehr zu produzieren, aber sie hatten keine Gelegenheit zu lernen, wie man die Kontrolle über die Vermarktung der eigenen Produkte ausübt.
Diese Mitbestimmung des Volkes geht einher mit einer Dezentralisierung der Staatsmacht. Was für jeden Schweizer eine Selbstverständlichkeit bedeutet, ist es nicht für den Bürger eines Staates, der für seinen Zusammenhalt zu kämpfen hat und für welchen die Dezentralisation bedeuten kann, dass die Zentralregierung oder gar die staatliche Einheit in Frage gestellt wird.
In vielen Ländern ist die Art, wie der Staat funktioniert, eines der Haupthindernisse für die Entwicklung. Die Mitwirkung des Volkes, die Dezentralisation, die zu fördernde Privatinitiative erfordern eine neue Definition der Rolle des Staates und anderer Mittel. Wie kann man sich einen Entwicklungsprozess in einem Lande vorstellten, dessen Bankensystem nicht oder dann einzig zugunsten einer privilegierten, mit dem Ausland eng verbundenen Schicht funktioniert?

Wo Akzente gesetzt werden müssen

Ich glaube, und dies ist meine Schlussfolgerung, dass die Entwicklungszusammenarbeit in den kommenden Jahren den Akzent auf folgende Punkte zu legen hat:
– die Notwendigkeit, die Folgen und Auswirkungen unserer Beziehungen zu den Drittweltländern in ihrer Gesamtheit wahrzunehmen;
– einen erhöhten Einsatz unse-

rerseits nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch auf der Ebene des Dialogs über die Entwicklungspolitik, was die Strukturanpassung und besonders deren soziale Auswirkungen anbelangt, sowie über die Umschreibung neuer Teilbereiche der Entwicklungspolitik;
– erhöhtem Aufwand an Phantasie und gutem Willen, um den Drittweltländern die Schuldenlast zu erleichtern;
– den Gesichtspunkt der Rentabilität von Anstrengungen zugunsten landwirtschaftlicher, handwerklicher und industrieller Produktion, um Aktivitäten aufzubauen, die selbsttragend und also lebensfähig sind und die Abhängigkeit vom Staat oder vom Ausland nicht noch vergrössern;
– die Entwicklung in ländlichen Gebieten, aber auch auf städtische Probleme, wie den Hausbau zu möglichst günstigen Preisen, sowie auf die Beschäftigung im informellen Sektor, in Handwerk und in Kleinbetrieben;
– die Stärkung der öffentlichen Verwaltung und der Dienstleistungen in den Ländern der dritten Welt;
– Methoden, welche die Mitbeteiligung breiter Volkskreise, die Dezentralisierung und die Diversifizierung der Sozialstrukturen fördern und die damit den Demokratisierungsprozess verstärken.

Denn – und damit möchte ich schliessen – die Entwicklung und Demokratisierung gehen Hand in Hand und unterstützen sich gegenseitig.

(Übersetzung aus dem Französischen von Ruedi Wullschleger)

Nach drei Jahrzehnten Entwicklungszusammenarbeit

Ausstieg aus der Entwicklungshilfe?

Von Rudolf H. Strahm

Drei Jahrzehnte Entwicklungshilfe liegen hinter uns, und immer noch braucht es mehr davon. Wie lange soll sie noch weiterlaufen? Entwicklungszusammenarbeit sollte Hilfe zur Selbsthilfe sein, und irgendwann sollte sie sich überflüssig machen. In der Realität scheint allerdings das Gegenteil vorzuherrschen.

Totgelaufene Konzepte

Wenn man auf die vergangenen zwei, drei Jahrzehnte der Entwicklungspolitik zurückblickt, ist man mit Antworten bescheidener und selbstkritischer geworden. Unzählige Gesamtkonzeptionen für die Entwicklungszusammenarbeit sind lanciert, mit grossem publizistischem Getöse vorgestellt und später still vergessen worden. Es gab die Enzyklika «Populorum Progressio» (1968), den «Pearson-Bericht» der Weltbank (1969), das «Bariloche-Modell» (1974), den Bericht «Entwicklungsland Welt – Entwicklungsland Schweiz» (1975). Es gab später den «Nord-Süd-Bericht» der Kommission von Willy Brandt, den Baker-Plan und – als neuestes PR-Produkt der amerikanischen Regierung – den Brady-Plan.

Alle diese Konzepte wussten genau, was zu tun sei, wie die Entwicklung zu organisieren sei; und im Rückblick ist davon ausser Rhetorik nicht viel verblieben. Immer gab es verbale Bekenntnisse zur «Hilfe zur Selbsthilfe», auch dort, wo das Gegenteil praktiziert wurde; und im Endeffekt unternahmen alle Konzeptbauer den Versuch, wenigstens ihre Hilflosigkeit wortreich zu verbergen.

All jene, die in den Jahrzehnten mit Entwicklungskonzepten ihr Image aufgebläht haben, haben eigentlich die Konsequenzen ihres Handelns, ihre Fehlbeurteilungen und Falschprognosen nie selber bezahlt. Bezahlt haben es ausschliesslich die ganz Armen, jene in den Vorstadtslums, die Leute auf dem Lande draussen, oder jene, die heute wegen Repression in Gefängnissen sitzen.

Das BAWI auf Irrwegen

Eine besondere Beachtung verdient die zentrale Meinungsbildungs-Agentur in der schweizerischen Entwicklungspolitik, die damalige Handelsabteilung, heute das Bundesamt für Aussenwirtschaft (BAWI). Die relevanten und qualitativ ins Gewicht fallenden Weichenstellungen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit wurden nämlich nie im auswärtigen Departement (EDA), sondern immer im Volkswirtschaftsdepartement vorgenommen.

Nach dem ersten Konjunktureinbruch der Nachkriegszeit, 1974/75 (Ölkrise), empfahl die Handelsabteilung den schweizerischen Exporteuren den Weg in die OPEC-Länder. Der Schah von Persien war hoch im Kurs, und die Exportmanager absolvierten Schnellkurse in Arabisch und Persisch. Ab 1978 empfahl der damals unumstrittene Handelsabteilungschef Paul Jolles die Exportförderung in die sogenannten Schwellenländer, das waren die Diktaturen Brasiliens,